

# LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
206 · Ausgabe BE · Mai 2023



## Ja zur Elternzeit!

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinkt die Schweiz massiv hinterher. In Zeiten des Fachkräftemangels sind unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft darauf angewiesen, dass junge Paare Kinder haben und Familie und Beruf gut vereinbaren können. Darum braucht es am 18. Juni ein klares Ja zu einer Elternzeit im Kanton Bern!

Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind in der Schweiz ungenügend. Gerade Familien mit kleinen Kindern sind im heutigen System extrem gefordert und bringen Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit kaum unter einen Hut. Um dies zu ändern, müssen wir ganz am Anfang ansetzen – nämlich mit einer Elternzeit nach der Geburt des Kindes. Viele andere europäische Länder kennen die Möglichkeit einer solchen bezahlten Auszeit von der Erwerbsarbeit nach der Geburt. Die Erfahrungen aus diesen Ländern zeigen, dass eine genügend lange Elternzeit die Beziehung zwischen Eltern und Kind stärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Gleichstellung von Frau und Mann fördert.

### Eine Mehrheit möchte eine Elternzeit

Gemäss einer aktuellen nationalen Umfrage des Forschungsinstituts Sotomo möchten 57 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung eine Elternzeit. Eines der meistgenannten

Argumente für eine Elternzeit ist wenig überraschend der Fachkräftemangel. Diesem kann am einfachsten mit einer höheren Erwerbsquote der Frauen begegnet werden. Weil dank der Elternzeit die Familienarbeit besser aufgeteilt wird, steigen Frauen nach der Geburt früher und in einem deutlich höheren Prozentbereich wieder ins Erwerbsleben ein. Auch im Kanton Bern gibt es einen wachsenden Fachkräftemangel. Will der Kanton Bern nicht ins Hintertreffen geraten, muss er für Familien attraktiver werden und mit einer Elternzeit in die Zukunft investieren.

### DIE DREI HÄUFIGSTEN FRAGEN ZUR ELTERNZEITINITIATIVE

■ **Sind 24 Wochen Elternzeit nicht zu viel?**  
Nein. Im internationalen Vergleich sind 24 Wochen kantonale Elternzeit plus Mutter- und Vaterschaftsurlaub moderat. Die OECD-Länder haben im Durchschnitt eine Elternzeit von 51 Wochen.

### WIE KANN ICH DIE ABSTIMMUNGSKAMPAGNE UNTERSTÜTZEN?

- Einen Leser:innenbrief schreiben und meiner lokalen Zeitung schicken.
- Mit meiner SP-Sektion eine Standaktion machen und Flyer verteilen.
- Mein privates Umfeld von einem Ja zur Elternzeitinitiative überzeugen.

■ **Wieso nur eine kantonale Elternzeit?**  
National ist die Elternzeit blockiert und es geht nicht vorwärts. Deshalb müssen nun progressive Kantone den ersten Schritt machen, wie sie das auch schon beim Frauenstimmrecht oder der AHV gemacht haben, und eine Elternzeit einführen.

■ **Wie wird die Elternzeit finanziert?**  
Das hängt von der konkreten Umsetzung ab. Denkbar wäre ein System wie bei der Mutterschaftsversicherung mit Beiträgen von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden, allenfalls auch mit einer Beteiligung durch den Kanton selber.



# Für faire und bezahlbares Wohnen

**Die Mieten im Kanton Bern steigen ungebremst. Darum haben wir im März die Initiative für transparente Vormieten ergriffen. Warum das wichtig ist und wie es die Mieten dämpft, erklärt Edith Siegenthaler, unsere Grossrätin und Präsidentin des kantonalen Mieterinnen- und Mieterverbands.**

Mieter:innen sind unter Druck. Die Nebenkosten steigen wegen der hohen Energiekosten, die Spekulation und die Teuerung treiben die Mieten weiter nach oben. Der Schweizerische Mieterverband hat in einer Studie gezeigt, dass wir schweizweit jährlich 10 Milliarden Franken mehr Miete bezahlen, als das Gesetz, das den Renditen im Wohnungsmarkt klare Grenzen setzt, es erlauben würde. Das macht pro Haushalt rund 370 Franken im Monat, die Vermieter:innen zu viel verlangen. Im Kanton Bern sind die Mieten in den letzten 20 Jahren um rund 30 Prozent gestiegen. Auffällig ist, dass die Mieten vor allem dann steigen, wenn es einen Mieterwechsel gibt. Wohnungen, die schon lange an die gleiche Person vermietet werden, haben in der Regel tiefere Mieten. Wenn

es zu einem Wechsel kommt, erhöhen die Vermieter:innen aber oft die Mieten.

## Unerlaubte Mieterhöhungen

Die Miete darf aber nicht einfach so erhöht werden. Zum Beispiel reicht es nicht, eine Wohnung nur in Stand zu setzen, sondern es muss eine Wertsteigerung geschehen, damit das Mietrecht eine Erhöhung erlaubt. Wenn eine Miete stärker angehoben wird als erlaubt, kann die neue Mieterin oder der neue Mieter sie innerhalb von 30 Tagen bei der Schlichtungsstelle anfechten.

Im Kanton Bern merken aber die meisten neuen Mieter:innen gar nicht oder zu spät, wie stark die Miete angehoben wurde. Die Vermieter:innen müssen die neuen Mieter:innen nämlich nicht darüber infor-

mieren, wie hoch die Miete bisher war. Wenn die neuen Mieter:innen doch noch herausfinden, dass ihre Vorgänger:innen viel weniger bezahlt haben, ist es oft schon zu spät, um sich zu wehren.

## Transparenz für faire und bezahlbare Mieten

Das will die Initiative ändern. Sie verlangt, dass neue Mieter:innen in ihrem Mietvertrag informiert werden, wie viel ihre Vorgänger:innen für die Wohnung bezahlt haben. Das macht es möglich, die Vormiete fristgerecht anzufechten. Vermieter:innen können so nicht mehr im Geheimen Profitmaximierung betreiben. Das beugt willkürlichen Mieterhöhungen vor und hat eine preisdämpfende Wirkung.

Bereits neun Kantone haben transparente Vormieten eingeführt und gute Erfahrungen damit gemacht. Das Instrument ist einfach umzusetzen und wirkt präventiv gegen zu hohe Mieten.

## Breite Allianz für die Mietenden

Zusammen mit der SP und weiteren Parteien und Organisationen hat der Mieterinnen- und Mieterverband des Kantons Bern am 16. März die Initiative lanciert. Jetzt geht es darum, möglichst schnell die Unterschriften zu sammeln, damit wir im Kanton Bern bald ein Instrument gegen die steigenden Mieten in der Hand haben.



# Vorwärtsmachen bei der Gleichstellung!

**Immer noch erhalten Frauen tiefere Löhne und Renten. Und gleichzeitig leisten sie viel mehr unbezahlte Arbeit. Das muss sich endlich ändern! Deshalb solidarisiert sich die SP Kanton Bern mit dem Feministischen Streik vom 14. Juni und wird im Grossen Rat ein Vorstosspaket für mehr Gleichstellung einreichen.**

Im heutigen System ist die Betreuungsarbeit höchst ungerecht aufgeteilt. Ab der Geburt des ersten Kindes reduzieren hauptsächlich die Frauen ihre Arbeitszeit sehr stark – und oft für lange Zeit. Sie übernehmen den Löwinnenanteil an unbezahlter Arbeit. Dafür bezahlen sie mit Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und tieferen Renten. Kinderbetreuung ist nicht gratis – sondern wird grösstenteils von den Müttern über unbezahlte Arbeit finanziert. Um dies zu ändern, haben wir die Elternzeitinitiative lanciert, über die wir am 18. Juni abstimmen.

Aber auch später sind es die Frauen, die ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Kinderbetreuung ganz oder teilweise aufgeben. Denn für junge Familien ist es oft schwierig, einen guten und bezahlbaren Kita-Platz zu finden. Deshalb haben wir die Kita-Initiative auf die Beine gestellt. Sie sorgt für genügend bezahlbare Kita-Plätze und fördert damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig gewährleistet die Kita-Initiative auch gute

Arbeitsbedingungen und faire Löhne in den Kitas. Die hauptsächlich von Frauen geleistete Arbeit in den Kitas soll endlich ernst genommen und gerecht bezahlt werden.

Auch in anderen Berufen mit hohem Frauenanteil werden immer noch unterdurchschnittliche Löhne bezahlt. Besonders stark betroffen ist die Pflege. Die tiefen Löhne und die ständige Überlastung führen zu einer hohen Fluktuation und zum aktuellen Fachkräftemangel. Obwohl die Pflegeinitiative im November 2021 mit über 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde – im Kanton Bern waren es sogar 64 Prozent – ist bis heute kaum etwas passiert, um die Situation zu verbessern. Dabei könnte der Kanton Bern direkt Einfluss nehmen und die Arbeitsbedingungen in den Spitälern und Heimen verbessern. Wir fordern, dass der Regierungsrat endlich die nötigen finanziellen Mittel bereitstellt, um die Pflegeberufe zu stärken.

Nicht nur bei den Löhnen oder der unbezahlten Arbeit gibt es Handlungsbedarf. Auch

in anderen Bereichen der Gesellschaft wollen wir vorwärtsmachen – zum Beispiel beim Sport: 2025 wird die Frauenfußball-Europameisterschaft in der Schweiz stattfinden. Mit Bern und Thun liegen zwei Austragungsorte im Kanton Bern. Dieser Grossanlass wird viele Frauen und vor allem Mädchen motivieren, mit dem Fussballspielen zu beginnen. Sie werden aber langfristig nur dabeibleiben, wenn sie die gleichen Voraussetzungen erhalten wie die männlichen Teams. Heute mangelt es im ganzen Kanton an genügend Sportplätzen und Garderoben, damit sowohl Frauen- wie auch Männermannschaften spielen können. Der Kanton Bern soll deshalb die EURO 2025 nutzen, um gemeinsam mit den Gemeinden und den Vereinen die Infrastruktur nachhaltig auszubauen.

Auch in vielen weiteren Gebieten gibt es weiterhin keine Gleichstellung. Deshalb reicht die SP-JUSO Fraktion in der Sommersession des Grossen Rats ein Vorstosspaket ein. Deshalb setzen wir uns mit Initiativen für eine echte Elternzeit und bezahlbare Kita-Plätze ein. Und deshalb gehen wir auf die Strasse und machen Druck für mehr Lohn, Zeit und Respekt. Auf einen kämpferischen 14. Juni!

**Wahlk(r)ampf.**

Wahlkampf. Das klingt so heroisch und nach epischen Momenten à la Herr der Ringe, wenn die Geisterarmee im letzten Moment auftaucht, um Gondor den Hintern zu retten (oder nach den nicht minder epischen Prügeleien zwischen Galliern und Römern aus Asterix und Obelix). Oder man stellt sich vor, wie man flammende Reden hält und dabei den Menschen einen solchen Motivations-schub verpasst, dass sie jubelnd die SP-Listen unverändert in die Wahlurnen schmeissen.

Die Realität ist dann bedeutend weniger glamourös, denn sie besteht darin, dass man sich morgens aus dem Bett quält, sich bei schauerlichem Wetter an den Bahnhof stellt und Pendler:innen Flyer und Gipfeli in die Hände drückt, wobei man verzweifelt versucht, so dreinzuschauen, als würde man das gerne machen. Sie besteht darin, Menschen am Telefon klarzumachen, dass man nicht

*Rote Feder*



Désirée Fessler,  
SP Langenthal

die Sanitärinstallateurin ist, sondern eine Sozialdemokratin, die sie dazu motivieren will, bitte wählen zu gehen und, wenn man doch eh schon dabei ist, gleich der SP die Stimme zu geben.

Manchmal habe ich Horrorvisionen davon, wie ich mit 80 Jahren, mit Stock in der Hand, noch immer Menschen mit Wahlflyern beglücke und dabei krächzend die Qualität der Kandidierenden hervorhebe (und dabei hoffentlich nicht mein Gebiss verliere). Aber vielleicht – vielleicht finden wir ja auch mal einen Weg, wie Wahlkampf ein bisschen weniger Krampf ist ... und bis dahin, gebe ich eben noch den Ochsen auf Tour – wenn es dabei hilft, fähige Leute in Parlamente und Regierungen zu bringen.

**PAROLEN**

- Ja** zum Klimaschutzgesetz
- Nein** zur OECD-Mindeststeuer
- Ja** zum COVID-19-Gesetz
- Ja** zur kantonalen Elternzeit
- Ja** zur Änderung der Kantonsverfassung

- AGENDA 2023**
- 17. Juni: Wahlkampffest in Biel
  - 18. Juni: Abstimmung über eine kantonale Elternzeit
  - 2. September: Parteitag in Spiez ab 10 Uhr
  - 22. Oktober: Nationale Wahlen
  - 1. November: Parteitag in Bern ab 19 Uhr

**JETZT MATERIAL BESTELLEN:**

[elternzeit.be](http://elternzeit.be)



**SAVE THE DATE**

Im Oktober finden die National- und Ständeratswahlen statt und uns steht ein intensiver und spannender Wahlkampf bevor. Dies möchten wir gerne feiern.

Deshalb lädt die SP Kanton Bern alle Kandidat:innen, Mitglieder und Interessierten zum Wahlkampffest ein.

Wann: 17. Juni 2023 ab 16.00 Uhr  
 Wo: Robert-Walser-Platz, Biel  
 Was: Konzerte, Food, Drinks, Specials

**BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN**

